



Medienmitteilung

**Initiative "Mühleberg vom Netz"**  
**BDP: Vorbehalte und Fragen zum Gegenvorschlag**

Bloss drei Tage nach den von den Stimmberechtigten abgelehnten Energievorlagen geht der Regierungsrat auf Antrag der Energiedirektorin Barbara Egger in die Offensive und präsentiert einen Gegenvorschlag zur Initiative "Mühleberg vom Netz". Die BDP bringt in zweierlei Hinsicht Vorbehalte an: zum Vorgehen und zum Inhalt.

Der in ein Vernehmlassungsverfahren geschickte Gegenvorschlag verlangt, dass Mühleberg so rasch als möglich, spätestens im Jahr 2022 abgeschaltet werden soll. An ihrer Medienkonferenz relativierte Frau Regierungsrätin Barbara Egger jedoch den Termin 2022 wieder und zieht einen früheren Abschalttermin in Erwägung. Das Abstimmungsergebnis zu den Energievorlagen vom Wochenende lässt kaum die Schlussfolgerung zu, das Werk Mühleberg sollte jetzt möglichst rasch abgeschaltet werden.

Der Inhalt und das Vorgehen werfen Vorbehalte und Fragen auf:

- Ist der Regierungsrat ein schlechter Verlierer, dass er nur drei Tage nach den abgelehnten Energievorlagen einen forcierten Ausstieg aus der Kernenergie anstrebt?
- Vertritt der Regierungsrat die Meinung, mit dem Gegenvorschlag biete er eine echte Alternative zum radikalen Volksbegehren?
- Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass er mit einer vorzeitigen und sicherheitsmässig derzeit nicht erforderlichen Ausserbetriebsetzung des Kernkraftwerkes Mühleberg als Hauptaktionär eine schwere finanzielle Schädigung der BKW in Kauf nimmt?

Die BDP strebt einen geordneten Rückzug aus der Kernenergie und einen zeitlich, wirtschaftlich und sicherheitsmässig abgestimmten Verzicht auf die bestehenden Kernkraftwerke an. Aus dieser Grundhaltung heraus lehnt sie eine sofortige oder politisch motivierte Stilllegung des Kernkraftwerkes Mühleberg ab.

Auskunft: Dieter Widmer, Fraktionschef BDP Kanton Bern 079 300 50 57

Bern, 6. März 2013